

**Parl. Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter**

- (A) Parallel hierzu werden die zuständigen Staatsschutzdienststellen der Polizeien, der Länder bzw. andere Bundessicherheitsbehörden in das weitere Verfahren eingebunden, die sich fortlaufend auch mit den Dienststellen der europäischen Nachbarstaaten austauschen. Der Bundesregierung ist darüber hinaus eine niedrige zweistellige Zahl an Personen bekannt, die als Gefährder oder relevante Personen eingestuft sind und zu denen Erkenntnisse über eine Einreise aus der Ukraine vorliegen.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

**Stephan Brandner (AfD):**

Danke schön. – Das ist so wenig greifbar wie Ihre Antwort gerade, als ich nach konkreten Maßnahmen gefragt habe. Da kam blumiges Erzählen – und jetzt auch wieder. Also, Sie erzählen immer irgendwas, aber es passiert nichts.

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn gegen Blumen?)

Jetzt haben Sie gerade die Gefährder angesprochen; das ist ein schönes Stichwort. Das Bundeskriminalamt stuft zurzeit 487 Islamisten in Deutschland als Gefährder ein, also tickende Zeitbomben, bei denen zu jeder Zeit damit gerechnet werden muss, dass sie Gewalt ausüben oder Straftaten begehen. Von diesen 487 sind 90 in Deutschland inhaftiert, 216 auf freiem Fuß und 181 angeblich im Ausland – „angeblich im Ausland“: Wir wissen ja nicht, wer kommt und wer geht. Sogar Thomas Haldenwang, der Verfassungsschutzpräsident, hat „eine neue Qualität“ der Gefahr erkannt. Die Gefahr von Terroranschlägen sei real und so hoch wie noch nie. Frau Faeser äußert sich ähnlich: „Islamistische Terrororganisationen, aber auch islamistische Einzeltäter sind eine jederzeit bestehende, erhebliche Gefahr“. Also auch da: Was die AfD seit zehn Jahren sagt, sickert langsam durch zu Haldenwang und zu Faeser.

- (B) Meine ganz konkrete Frage, die ich Ihnen jetzt stelle: Wie kommt es dazu, dass Deutschland zu einem Rückzugsort für Extremisten und Gefährder geworden ist?

(Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seitdem es die AfD gibt!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Bitte, Frau Staatssekretärin.

**Rita Schwarzelühr-Sutter, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Brandner, Sie haben gerade die Zahlen der relevanten Personengefährder zitiert. Wir hatten in den vergangenen Jahren eine Situation, in der die Zahlen sogar rückläufig waren. Wir haben jetzt eine neue Situation durch den brutalen Angriff der Hamas auf Israel. Dementsprechend sind wir sensibilisiert, inklusive unserer Sicherheitsbehörden, dass wir das permanent im Fokus haben, um reagieren zu können.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sie haben das Wort zur zweiten Nachfrage.

(C)

**Stephan Brandner (AfD):**

Meine Frage war, wie Sie mir erklären können, dass Deutschland zum Rückzugsort für Terroristen und Gefährder wird. Auch da wieder ein Ausweichen, nichts Greifbares. Also, Ihr schlechtes Gewissen spricht Ihnen sozusagen aus den Augen und aus den Antworten, die Sie hier zu geben versuchen.

Eine Frage noch mal zu Terroranschlägen. Es wurde ja vor Kurzem ein Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt von Leverkusen verhindert. Da sollte ein mit Explosivstoffen beladener Lkw zur Explosion gebracht werden. Das Ganze ist im Voraus aufgefliegen – Gott sei Dank! – durch einen Hinweis des österreichischen Nachrichtendienstes. Wenn man in die Vergangenheit schaut: Seit 2010 sind ungefähr 6 von 15 verhinderten Terroranschlägen aufgrund von Hinweisen ausländischer Geheimdienste an uns unterbunden worden. Wie war es denn andersrum? Können Sie beziffern, wie oft deutsche Geheimdienste im Ausland in den letzten 13 Jahren Tipps gegeben haben und dadurch Terroranschläge verhindert wurden?

**Rita Schwarzelühr-Sutter, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat:**

Also, wichtig ist doch, dass die Terroranschläge in Deutschland verhindert wurden. Es waren nicht 5 von was weiß ich, sondern 7 von 18, um es genau zu sagen.

(Stephan Brandner [AfD]: 6 von 15!)

(D)

Es hat in dem Fall funktioniert, dass diese Terroranschläge zum Glück dank unserer Sicherheitsbehörden verhindert wurden. Ich will Ihnen an dieser Stelle auch sagen: Ich habe kein schlechtes Gewissen, und das lasse ich mir von Ihnen auch nicht unterstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Zu einer Zusatzfrage hat der Abgeordnete Hauer das Wort.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatssekretärin, Bundeskanzler Scholz hat am 12. Oktober Verbote für Hamas und Samidoun in Deutschland angekündigt. Drei Wochen hat es dann gedauert, bis diese Verbote erfolgt sind. Weitere drei Wochen hat es gedauert, bis dann erste Razzien erfolgt sind. Das heißt, die Terrorunterstützer hatten sechs Wochen Zeit. Die werden in den sechs Wochen wahrscheinlich nicht Däumchen gedreht haben. Die werden wahrscheinlich Beweise vernichtet und auch Gelder verschoben haben. Deshalb würde mich interessieren: Glauben Sie, dass in diesen sechs Wochen wirklich keine Verdunklungshandlungen stattgefunden haben? Es wäre doch völlig weltfremd, das anzunehmen, oder?

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das ist jetzt eine andere Frage.

(A) **Matthias Hauer** (CDU/CSU):  
Es ging um islamistische Terrorunterstützer.

**Rita Schwarzelühr-Sutter**, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat:  
Ich warte auf die Präsidentin.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Im Moment funktioniert mein Mikro nicht. – Gut, jetzt ist es wieder an.

Das ist jetzt sehr weit ausgelegt. Aber das hat wahrscheinlich was damit zu tun, dass auch der Abgeordnete Brandner in seiner zweiten Nachfrage von der Zuwanderung aus der Ukraine wegkam.

(Stephan Brandner [AfD]: Ich bin immer schuld! Da liegen Sie immer richtig! – Gegenruf von der SPD: Das stimmt! – Bernd Schattner [AfD]: Die AfD ist immer schuld!)

Also, ich lasse diese Frage zu.

**Rita Schwarzelühr-Sutter**, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Kollege Hauer, es war ein wichtiges und richtiges Signal des Bundeskanzlers, in seiner Regierungserklärung das Verbot von Samidoun und Hamas anzukündigen. Das war aufgrund dieser wirklich einmaligen Situation, des brutalen Angriffs der Hamas auf Israel, notwendig und auch ein wichtiges Signal in die große Politik hinein. Ich kann Ihnen sagen, dass der Präsident des Bundesverfassungsschutzes heute im Ausschuss noch mal betont hat, man hätte annehmen können, dass Asservate nicht vorzufinden gewesen wären. Aber es wurde reichlich gefunden.

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Und sechs Wochen vorher hätte man nicht mehr gefunden? – Gegenruf der Abg. Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hätte, hätte Fahrradkette!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich rufe auf die Frage 6 der Abgeordneten Martina Renner:

Gegen wie viele Neonazis lagen zum Erhebungsstichtag 30. September 2023 wie viele nicht vollstreckte Haftbefehle vor (bitte nach Gewaltdelikten oder sonstigen Delikten aus den Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) differenzieren)?

Bitte.

**Rita Schwarzelühr-Sutter**, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Kollegin Renner, zum Stichtag 29. September 2023 lagen in dem polizeilichen Informationssystem bzw. in dem Schengen Informationssystem 780 Fahndungen aufgrund von Haftbefehlen im Phänomenbereich PMK-rechts vor. Abzüglich der Haftbefehle ausländischer Behörden, 4 Fahndungen, richteten sich diese gegen insgesamt 597 Personen, die aufgrund polizeilicher Erkenntnisse dem

Phänomenbereich PMK-rechts zugeordnet wurden. Davon lag zu insgesamt 156 Personen mindestens ein offener Haftbefehl vor, dem ein Gewaltdelikt zugrunde lag. Gegen 16 dieser Personen lagen mehrere Haftbefehle aufgrund von Gewaltdelikten vor. Zu 30 dieser 156 Personen war zum Erhebungsstichtag ein Haftbefehl aufgrund einer politisch motivierten Gewalttat verzeichnet.

Bezogen auf den Phänomenbereich PMK-rechts bildete bei 27 Haftbefehlen ein politisch motiviertes Gewaltdelikt, unter anderem Körperverletzungsdelikte und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, ohne Haftbefehle ausländischer Behörden die Haftbefehlsgrundlage. 159 weitere Haftbefehle beruhten auf Straftaten mit politisch rechter Motivation wie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und entsprechenden Beleidigungsdelikten.

Bei den Ergebnissen der Erhebung ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Momentaufnahme zum jeweiligen Stichtag handelt. Im Zeitraum zwischen den Erhebungsstichtagen erlassene Haftbefehle können zum Stichtag bereits vollstreckt sein oder sich anderweitig erledigt haben und sind demnach nicht Bestandteil der Erhebung. Außerdem sollte man die Anzahl ins Verhältnis zur Gesamtzahl der nicht vollstreckten Haftbefehle setzen. Zum Zeitpunkt der Frühjahrserhebung waren das ungefähr 200 000.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

(D)

**Martina Renner** (fraktionslos):

Danke, Frau Präsidentin. – Frau Staatssekretärin, das Ziel, die Anzahl der untergetauchten Neonazis zu verringern, ist eines der vorderen, wenn wir uns den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus ansehen. Dieses Ziel wird seit Jahren nicht erreicht. Sie haben jetzt ausgeführt, unter den Gesuchten seien auch einige mit Gewaltdelikten.

Deswegen meine Frage: Wie oft ist das Thema „nicht vollstreckte Haftbefehle gegen Neonazis“ Thema im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, wo unter Priorität 2 von Personen gesprochen wird, bei denen Gewaltdelikte vorliegen?

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sie haben das Wort.

**Rita Schwarzelühr-Sutter**, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Renner, das müsste ich Ihnen schriftlich nachliefern. Ich habe dazu keine Erkenntnis, wie oft das tatsächlich in den entsprechenden Gremien behandelt wurde.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Danke. – Dann halten wir das so fest. Sie haben das Wort zur zweiten Nachfrage.